

Bezugspreis  
für alle monatlich bezugsfähigen  
Zustellung 1.40 Mark, vierteljährlich  
4.20 Mark, durch die Post 4.05 Mark  
ausgeschlossen. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Sonder-Zeitungsverzeichnis. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Sonder-Zeitungsverzeichnis“  
fernab der Schriftleitung Nr. 1140,  
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen  
werd. d. Tagesblatt. 30mm der Anzei-  
gelle od. der. Raum mit 30 Pf. u.  
10% Zuschlag berechnet und in un-  
Annahmefällen a. allen Anzeigen-  
geschäften angenommen. Die 78 mm  
breite Zeile 1 Mt. u. 10% Zuschlag.  
Anzeigen u. Anzeigeführer vom.  
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. abda.  
6 Uhr. Abbestellungen, sowie zu-  
rück, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungsort: Halle. Ervornat  
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-  
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,  
Neue Promenade 14, Dr. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 198.

Halle, Montag, den 29. April

1918.

## Erhöhte Beute am Kimmelberg.

Auslebender Artilleriekampf in Flandern. — Mehr als 7100 Gefangene, 53 Geschütze und 233 Maschinengewehre am Kimmelberg eingebracht. — Neue feindliche Angriffe blutig abgewiesen.

### Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 29. April 1918.  
Weltlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld in Flandern von Montag an auflebender Artilleriekampf. Die Beute seit der Erkämpfung des Kimmelberg hat sich auf über 7100 Gefangene, darunter 181 Offiziere, 53 Geschütze und 233 Maschinengewehre erhöht. Zwischen dem La Bassee-Kanal und der Scarpe, sowie nördlich von der Somme rege Erkundungstätigkeit der Engländer. Starke Teilangriffe der Franzosen gegen Hangard-Wald und Dorf wurden blutig abgewiesen. Wolfeshümpfe an vielen Stellen der übrigen Front. Auf dem Dülauer der Maas brachte ein Vorstoß in die französischen Gräben Gefangene ein.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.  
Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

### 17 000 Tonnen versenkt.

Berlin, 27. April. (Amtlich.) Im Armeekanal wurde von einem unserer U-Boote ein mindestens 10 000 t. großer Transportdampfer, der durch Kreuzer, mehrere Zerstörer und Bewachungsjahrzeuge außerordentlich stark gesichert war, versenkt.  
Gesamtsumme des versenkten Handelschiffraumes nach neu eingegangenen Meldungen:  
17 000 t. Britische Kriegsschiffe.

Das Rückverlegen einer unserer Jagdflotten in Flandern, unter der bewährten Führung des Oberleutnants J. S. Christmannen, hat gelegentlich eines Ausflugsfluges in den Gräben ein feindliches U-Boot abgeschossen.  
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Vor Ypern!

Berlin, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Aus militärischer Quelle verläutet über die Kämpfe an der Westfront: Es kann angenommen werden, daß die Engländer der Ypern nunmehr aufgeben. Der jetzt dort geleistete Widerstand ist nur ein Aufhalten mit den letzten Kräften zu rechnen. Aus Gefangenenaussagen geht hervor, daß die englische Heeresleitung eingesehen hat, daß die räumliche Verteidigung in Ypern nicht länger mehr gehalten werden können. Ypern ist längst in Reichweite der deutschen Truppen. Nur noch einige Kilometer sind sie heute von den Stadtmauern Yperns entfernt.

### Feindliche Vorbereitungen für ein fünftes Kriegsjahr.

Amsterd., 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mitteilung aus London wird die demnächstige Entente-Konferenz in Paris sich auch mit Fragen betreffend die Vorbereitungen für ein fünftes Kriegsjahr beschäftigen.

### Weitere Beschließung von Ypern.

Basel, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Meldungen Schweizer Berichterstatter wird Ypern noch immer bestial von der deutschen Artillerie beschossen. Die Stadt soll bald einem Trümmerhaufen gleichen.

### Keine Post nach Calais.

Amsterd., 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach Mitteilung aus London wird seit drei Tagen keine Post mehr nach den in Calais, in Dünkirchen und in Boulogne liegenden Truppenteilen befördert.

### Erhöhte Rekrutierung in Amerika.

Basel, 29. April. (Privattelegramm.) Wie die „Neue Korrespondenz“ aus New York erzählt, stimmte das Repräsentantenhaus dem vom Senat bereits angenommenen Gesetzentwurf zu, der die Rekrutierung aller amerikanischen Bürger, die am 21. Juni 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben, vorschreibt. Durch dieses Gesetz werden eine Million Mann mehr als vorgesehen der Rekrutierung unterworfen.

### Neue kanadische Truppen sollen helfen.

Wien, 29. April. (Privattelegramm.) Die „Kön. Volkst.“ meldet aus Basel: Nach einer Depesche der „Times“ aus Ottawa hielt das kanadische Parlament eine Geheim-sitzung ab, wobei die Regierung den Ernst der Lage Englands an der Westfront schilderte und erklärte, die Abwendung

neuer kanadischer Truppen sei nicht nur wünschenswert, sondern dringend notwendig.

### Artilleriekämpfe in Palästina.

WTB. Konstantinopel, 29. April. (Tagesbericht.) Palästinafront: Dösch der Straße Jerusalem-Nablus lag härteres feindliches Artillerie- und Maschinengewehrkampf auf der britischen Stellung. Feindliche Erkundungsabteilungen meistlich der Straße und an der Jordanmündung wurden abgewiesen. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

### Kronrat im Haag.

Haag, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Am Sonnabend fand ein Kronrat statt, der sich auch mit der deutsch-holländischen Angelegenheit beschäftigte.

### Hollands Gesandter beim Reichskanzler.

Berlin, 29. April. (Privattelegramm.) Der gestern aus dem Haag wieder in Berlin eingetroffene holländische Gesandte Baron Gevers wird heute vormittag vom Reichskanzler empfangen werden. Baron Gevers äußerte sich bei seiner Ankunft sehr hoffnungsfroh über die deutsch-holländischen Verhandlungen.

### Die neueste Annahme in Berlin.

Hoffnung auf Annahme des gleichen Wahlrechts.  
Berlin, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Nach der gestrigen Kundgebung der nationalliberalen Partei, die mit großer Stimmensmehrheit für das allgemeine gleiche Wahlrecht eintrat und nach den normalsten Erklärungen des General-Sekretärs gegenüber den Abgeordneten glaubt man in Regierungskreisen jetzt allgemein, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht im Rahmen des preußischen Abgeordnetenhauses nicht mehr auf Schwierigkeiten stoßen, sondern, wenn auch vielleicht mit geringer Mehrheit, eine Annahme erfolgen wird.

### Die dänischen Wahlen.

Kopenhagen, 29. April. (Eigene Drahtnachricht.) Die demokratische Partei hat bei den vorgestrigen Wahlen den Sieg davongetragen, so daß das Ministerium Jable bestehen können wird.

### Gegen die Agenten Kühlmanns.

WTB. Bern, 28. April. Den Äußerungen einiger Pariser Blätter zufolge scheint die Stimmung in Paris noch nicht sehr ruhig zu sein. Oberst Bouffier verlangt im „Reichs-Presse“, daß die Regierung gegen die Vertreter von widerspenstigen, beunruhigenden Nachrichten, die bis zur Front gelangen und die Soldaten beunruhigen, in energischer Weise vorgehe. Man solle die Schwärze, Angsthaften und Agenten Kühlmanns mundtot machen. — „La Presse“ erklärt, die Auswanderung aus Paris, die manche Leute vorschlagen, würde nur eine lachbare Weisheitslehre und eine Schwächung der Landesverteidigung herbeiführen. „Humanität“ und „Rechts“ beklagen die zahllosen Demonstrationen und Verhaftungen. So sind beispielsweise unlängst zwei Arbeiterinnen zu je drei Wochen Gefängnis verurteilt worden, weil sie bezweifelten, daß Paris aus 120 Kilometern befreit werden könne. Arbeiter wurden als Deserteure verhaftet, weil sie sich weigerten, Wein zu bezahlen, um auf den Sieg anzuklopfen.

### Inveränderte Politik Japans.

Genf, 29. April. (Privattelegramm.) Japans meldet aus Tokio: Der neue Außenminister Goto erklärte den Vertretern der Tokioer Presse, seine Politik würde die gleiche sein, wie die seines Vorgängers. Er habe nicht die Absicht, die Stellungnahme seines Vorgängers in der sibirischen Frage zu modifizieren.

### Die Lage in Mazedonien.

WTB. Sofia, 28. April. Generalstabesbericht vom 27. April. Mazedonische Front: An der sibirischen Front war das Artilleriekampf auf beiden Seiten zeitweise lebhaft. Dösch des Dobropols und in der Wogelengegend verlusten serbische Stützabteilungen, sich unseren Hölzen zu nähern, wurden aber durch Feuer zurück. In mehreren Stellen zwischen dem Bardar und dem Doiran-See, besonders südlich des Dorfes Bogrobitze, verlor die Feindmacht. Dösch von Dolzjei verjagten unsere Patrouillen zwei englische Erkundungsabteilungen. Ein Sturmatial Patrouillenschwarm, Dobrodoljatzart. Waffenstillstand.

### Der nationalliberale Preußentag

Für das gleiche Wahlrecht 419 gegen 129 Stimmen.

Regierungspräsident von Coupsie an der Tagung: Die Forderung der Krone abzulehnen, heißt einfach nur die Re-putation des Liberalismus spielen.

„Die nationalliberale Partei befindet sich in einer ernsten Krise.“ Diese Worte des Unterstaatssekretärs Schiffer, der auf der gestrigen Preußentagung nichts weiter war als der nationalliberale Abgeordnete Schiffer, sind erneut belächelt worden. Ein großer Teil der parlamentarischen Vertreter dieser Partei befindet sich in einem schmerzhaften Gegensatz zu den Ansichten der Wähler, und es ist unangenehm, daß diese Herren nicht mehr das M. d. U. auf ihrer Visitenkarte tragen würden, wenn wir nicht im Zeitalter der langjährigen Parlamente wären. Die Nationalliberalen haben in ihrer Landtagsfraktion, soeben in der Reichstagsfraktion, in den meisten Landesorganisationsfraktionen, schließlich im Zentralvorstand der Partei und jetzt auch in einem allseitig einberufenen Parteitag für neuen Stellung zu der Frage des gleichen Wahlrechts genommen. Neues haben wir durch alle diese Tagungen nicht erfahren, auch durch die gestrige Nacht. Zur Beurteilung der Krise in der nationalliberalen Partei genügt nach wie vor die Tatsache, daß ein Teil der Vertreter der Partei nicht wissen will von dem gleichen Wahlrecht, daß er sich gegen die Regierung und gegen die in ihr sitzenden Nationalliberalen, schließlich auch gegen das gegebene Königswort wendet. Unterstaatssekretär Schiffer hat Flug davon gesprochen, daß nach den Ergebnissen der letzten Jahre „die frühere Stellungnahme der Nationalliberalen außer Betracht“ bleiben müsse. Von mehreren Rednern hörten wir, daß sie sich selbst während des Krieges umgelenkt haben, daß sie es nicht jetzt zu dem gleichen Wahlrecht bekennen. Die laßliche Begründung des Eintretens für dieses Wahlrecht war einwandfrei und gut. Und doch hat sich der Führer der nationalliberalen Opposition, der Abgeordnete Bohmann, der auch Leiter der Opposition im Abgeordnetenhaus und im Verfassungsausschuß ist, diesen Gründen verschlossen. Er bleibt unbefehrbar. So kam es zu einem Abstimmungsresultat, wie man es erwarten konnte.

Nun ist die Zuständigkeit des in aller Eile zustande gebrachten Parteitages bestritten worden. Das ist eine so interne Angelegenheit der Nationalliberalen, daß wir darauf nicht näher eingehen wollen. Wir müssen uns vielmehr an die Zahlen halten, die die gestrige nationalliberale Tagung im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses brachte. 419 Stimmen haben sich für das gleiche Wahlrecht ausgesprochen, 129 Delegierte haben ihre Stimme dagegen abgegeben. Danach hat sich weit mehr als eine Dreiviertelmehrheit der Anwesenden, wie auch der Vorliegende Lu-senke heroorhob, zu dem gleichen Wahlrecht bekann. Das ist ein günstigeres Ergebnis als jenes, das die Tagung des nationalliberalen Zentralvorstandes am 10. März d. J. brachte. Damals waren 104 Stimmen für und 24 Stimmen gegen das gleiche Wahlrecht. Nach Ausschluß der außerpreussischen Stimmen stellte sich das Zahlenverhältnis 64:21. Damals eine Zweidrittel-Mehrheit, heute mehr als eine Dreiviertelmehrheit! Das drückt etwa die zahlenmäßige Entwicklung aus, zu der die Nationalliberalen in den letzten sechs Wochen gekommen sind. Nicht außer acht gelassen soll schließlich auch die Tatsache werden, daß sich an der gestrigen Abstimmung 548 Personen beteiligten, während 564 stimmberechtigten Personen anwesend waren!

Einer näheren Betrachtung ist auch die zur Annahme getommene Resolution wert. Nach ihr ist die Einführung des gleichen Wahlrechts eine Staatsnotwendigkeit. Sodann aber heißt es: „(Er der Parteitags) lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preußentages durch ihre Abstimmung den Ausblick gegen das gleiche Wahlrecht herbeiführen sollten.“ Der Zweck dieses Satzes ist klar: Er bringt die Scheu vor der Verantwortung zum Ausdruck! Kommt es zu einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und zu einem Wahlkampf, dann wird die Masse der Wähler kaum die Unterdrückung machen, die die Resolution vornimmt. Wenn morgen durch die Wahl nationalliberaler Abgeordneter das gleiche Wahlrecht nochmals zu

# Der Verlauf des nationalliberalen Preußentages.

564 Parteirepöretreter anwesend — Die nationalliberale Partei in einer „ersten Krise“ — Die Vertreter der Regierung für die Vorlage — Die Oppositionsrede Lohmanns — Die Abstimmung.

T. U. Berlin, 28. April.

Noch ehe die letzte Entscheidung im Abgeordnetenhaus über die Wahlrechtsvorlage fällt, sollte der preussische Vertretertag der nationalliberalen Partei zu dieser schwerwiegenden Frage Stellung nehmen. Für Sonntag, den 28. April, war die Tagung ins Abgeordnetenhaus einberufen worden. Bei der großen Eile, mit der die Vorbereitungen hatten stattfinden müssen, war es nicht möglich gewesen, bei der Auswahl der Delegierten mit besonderer organisatorischer Sorgfalt vorzugehen. Indessen erkannte die Versammlung trotz mancher Eingriffe ihre Zukünftigkeit an. Man betonte, das es hauptsächlich darauf ankomme, unter allen Umständen vor der Entscheidung die Aussprache und Abstimmung vorzunehmen.

Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses war überfüllt. Etwa 564 Vertreter nahmen teil. Das Interesse war infolge der Wichtigkeit des Gegenstandes ungeheuer lebhaft, was sich in fortwährenden Jurien kundgab. Jeweils gerieten Gegner und Anhänger des gleichen Wahlrechts recht scharf aneinander, ohne deswegen aber gegen den parteipolitischen Zusammenhalt zu verstoßen. Unter den Anwesenden befanden sich die nationalliberalen Mitglieder der Regierung, der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, der Staatssekretär des Reichsjustizkomites Dr. v. Krause und Unterstaatssekretär Schiffer als Mitglieder des Zentralvorstandes.

Dr. Friedberg

eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis auf die politische Bedeutung der Verhandlungen. Er sprach sich über die Gründe aus, die zu dem starken Widerstand des immaterialistischen Lebens und zu der Einführung der Wahlrechtsvorlage geführt haben. Er schloß mit einer begeisterten aufgenommenen Huldigung an unser hehrgeistes Heer. Zum Vorsitzenden des Preußentages wurde darauf der Abgeordnete Luenssen, zu seinen Stellvertretern Abgeordneter Otto, Professor Leibig und Justizrat Marwig gewählt. Darauf führte Abgeordneter

Unterstaatssekretär Schiffer

als Hauptreferent ungefähr folgendes aus: Unsere nationalliberale Partei befindet sich in einer ersten Krise. Es hat seinen Zweck, vor dieser bevorstehenden Aufgabe die Augen länger zu verschließen. Die Dinge sind mächtiger als unsere aller Wünsche. Für die gegenwärtige Entscheidung sei das, was geschehen sei, nicht mehr von Bedeutung. Auch die frühere Stellung der Partei zur Wahlrechtsfrage müsse jetzt außer Betracht bleiben. Heute gelte es, mit beiden Füßen auf dem Boden der Gegenwart zu stehen, um der Gegenwart gerecht zu werden und diese Gegenwart weise gehobelter auf das

gleiche Wahlrecht

hin.

Nach Schiffer sprach der Vorsitzende der Landtagsfraktion

Dr. Lohmann.

In längeren Ausführungen wandte er sich gegen das gleiche Wahlrecht und zählte die ganzen Gründe auf, die

gegen die Regierungsvorlage sprächen. Besonders ausführlich behandelte er dabei die Olfmarken-Deutlichkeit unter dem gleichen Wahlrecht drohen würden.

Darauf wurden zwei gegenläufige Entschlüsse von späterer Annahme oder Ablehnung bekanntgegeben. Die erste lautet:

Der Vertretertag will beschließen: Der künftige preussische Vertretertag der nationalliberalen Partei stellt sich auf den Boden des gleichen Wahlrechts für Preußen, das er als eine Staatsnotwendigkeit erachtet. Er erwartet deshalb, daß die nationalliberalen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dem gleichen Wahlrecht im Rahmen der Regierungsvorlage zustimmen. Er lehnt die Verantwortung dafür ab, wenn nationalliberale Abgeordnete nach der Entscheidung des Preußentages als der maßgebenden Parteinstanz durch ihre Abstimmung den Ausschlag gegen das gleiche Wahlrecht herbeiführen sollten. Er erklärt, daß bei Neuwahlen nur solche Kandidaten als Parteikandidaten anerkannt werden könnten, welche für die Einführung des gleichen Wahlrechts eintreten.

Der letzte Satz wurde aus tatsächlichen Gründen von den Antragstellern unter Beifall der Versammlung wieder zurückgezogen. Ein Zusatzantrag Dr. Lohmanns ludte diesen Antrag durch einen Hinweis auf die schweren Gefahren des gleichen Wahlrechts zu modifizieren. Dazu kam noch ein Antrag, der sich gegen das gleiche Wahlrecht wandte. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriffen u. a. Dr. Friedberg, Staatssekretär v. Krause, Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann und Dr. Kleffer das Wort. Alle diese Herren stellten sich auf dem Boden der Regierungsvorlage, obwohl sie die Schwächen des Reichstagswahlrechts für Preußen nicht verkannten. Eine interessante Erörterung knüpfte sich an die Frage, ob die Regierung die Kammer event. auflösen würde. Dr. Friedberg als Mitglied der Regierung betonte die Möglichkeit und glaubte sogar, von einer Wahrscheinlichkeit sprechen zu können. Dr. Lohmann hielt eine Auflösung des Abgeordnetenhauses während des Krieges für ausgeschlossen.

Nach vierstündiger Aussprache kam es zu der

Abstimmung.

Man kam überein, zuerst über den Antrag abstimmen zu lassen, der bedingungslos das

gleiche Wahlrecht

guthießt. Der Antrag, der das gleiche Wahlrecht für ein Staatsnotwendigkeit erachtet, wurde

mit 419 Stimmen gegen 129

angenommen.

18 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Damit hat sich also auch der preussische Vertretertag mit überwiegender Mehrheit auf dem Standpunkt des gleichen Wahlrechts gestellt.

## Ein nationalliberaler Vermittlungsantrag.

Die „Kreuzzeitung“ meint, die Abstimmung auf dem Preußentag habe ein Stimmenergebnis gehabt, wie es bereits vorher angenommen wurde. Ein nationalliberaler Vermittlungsantrag, der für die zweite Lesung eingebracht worden ist, lautet dahin, daß jeder Wähler eine Stimmzahl hat. Eine Zahl, die ihm e erzhält erwerbe, wer in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Industrie, Gewerbe, Handel oder im freien Beruf selbständig oder als leitender Beamter oder selbständiger

hinreichende errenpfeisfähige Klängefiguren auch in den ersten Teil des vierten Bildes d. h. in den letzten Tanz Arsenas hinüberverfüchtigen, ist selbstverständlich. Der Schluß bringt aber wieder eine sympathische Entspannung nach der wilden Mut der Phantastik. Das Hauptgewicht der Tonsprache Ennas liegt stets im Orchester. Es ist leicht etwas überladen, so daß die Anforderungen an die Stimmkraft der Sänger erhebliche genannt werden müssen.

Unter Stadttheater stellt der Oper mit Erfolg seine Künstler zur Verfügung. Kapellmeister Oskar Straun arbeitet mit dem auch in rein langweiligen Sinne diesmal sehr erfreulichen Orchester die Doppelseite Hoffmanns, Antonias gutes Herz, das Loben der großen Revolution, den Schreier des Traumbildes in guten dynamischen Worten sowie auf die Zukunft weisender Selbstkritik des Tages. Meta Louh läßt ihre Madama Roland im Gewande ihrer schönen, großen Stimme und eines Prunkkleides strahlen. Georg Westermann hagen ist voll Würde in Stimme und Spiel für Antonia. Fritz Bergmann bellamier den Dr. Alfergo mit der ganzen Schärfe des bösen Brinaps, die er bisweilen durch rejananzernem Ton noch unterstreift, und Fritz gibt die Gloria Arsenas mit geschmeidiger Saitung sowie auf die Zukunft weisender Selbstkritik des Tages. Leopold Sachse aber liefert als Spielerleiter den Szenen im Organisationsfächer den Schimmer der Vertrautheit, während er über den Pariser Muffkannene die magischen Lichter der dem Bewußtsein entzogenen Phantastie ausgießt.

Angefaßt dieser für das Werk günstigen Bedinungen ist der Beifall des fast ausverkauften Saales besonders nach dem zweiten und dritten Bilde sehr stark, jedoch lag der Kompositist oft im Kreise der Mitwirkenden zeigen muß.

Dr. Karl Bess.

fall gebracht werden sollte, dann wird sich der Wähler bei einer Neuwahl wesentlich an diese Aufgabe halten. Er wird sich dann daran halten, daß nationalliberale Parlamentarier gegen ein Königswort aufzutreten und in einem Moment, in dem alle Kraft noch außen konzentriert sein sollte, einen Wahlkampf herbeiführen. Welchen Sinn soll es schließlich auch haben, wenn man die Berufung von Parteirepöretretern in die Regierung freudig gut heißt, diese Vertreter dann aber bei der ersten besten Gelegenheit im Stich läßt? Rein, die Folgen der Verantwortung der Ablehnung des gleichen Wahlrechts werden nicht nur die Männer zu tragen haben, die der Regierung die Gefolgschaft versagten; die schwerwiegenden Folgen wird zweifellos die ganze nationalliberale Partei, nicht nur die im Landtage, auch die im Reichstage, zu tragen haben.

Und noch etwas: Die geferten von dem Preußentage angenommene Resolution hatte ursprünglich einen Schlußsatz, auf dessen Bedeutung wir besonders hinweisen möchten. Der Satz lautete: „Er (der Vertretertag) erklärt, daß bei Neuwahlen nur solche Kandidaten als Parteikandidaten anerkannt werden können, welche für die Einführung des gleichen Wahlrechts eintreten.“ Dieser Satz ist zurückgezogen worden; wie man sagte, aus tatsächlichen Gründen! Es ist richtig: der getrigte Schlußsatz ist so klar, daß die Partei selbst widerrufen würde, wenn sie nach dem Beschlusse bei Neuwahlen überhaupt noch Kandidaten aufstellen wollte, die gegen das gleiche Wahlrecht sind. Nach dem gefassten Beschlusse war es selbstverständlich, daß nur solche Kandidaten in Frage kommen können, die fürsprecher des gleichen Wahlrechts sind. Wenn es des ärtierten Satzes auch nicht bedürftig wäre, so liegt die Sache doch anders bei seiner Streichung. Bei leichten schwankenden Naturen kann jetzt die Wirkung aufkommen, als ob doch alles gar nicht so schlimm verneint ist. Hier hat die Leitung der Nationalliberalen einen tückischen Fehler gemacht, der vielleicht nicht ohne Auswirkung am morgigen Freitag sein wird. Wahrscheinlich sind die nationalliberalen Regierungsoberreter nicht frei von Schuld. Es war ein schwerer Fehler, daß sie nicht klipp und klar sagen konnten: Der Antrag wird aufgeschoben, wenn morgen das gleiche Wahlrecht fällt! Die Neuwahlen der nationalliberalen Mitglieder der Regierung waren nach dieser Richtung nichts Halbes und nichts Ganzes. Der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Friedberg gab zwar die Möglichkeit zu, daß die Regierung schon jetzt zu einer Auflösung kommen könne, aber man konnte aus seinen Darlegungen auch etwas anderes herausfühlen. Dieser Wandel an einem kritischen Vollen muß die Elemente in der nationalliberalen Partei, die da glauben, daß eine andere Lösung als das gleiche Wahlrecht noch denkbar ist, zu einem weiteren Widerstande ermutigen.

Der Abgeordnete Schiffer hat in seiner Rede nach den vorliegenden Berichten die Frage aufgeworfen: Soll und kann das gleiche Wahlrecht durch nationalliberale Abgeordnete entscheidend zu Fall gebracht werden? Das ist für das ganze preussische und deutsche Volk die Kernfrage. Der Abgeordnete und Unterstaatssekretär beantwortete sich selbst die gestellte Frage wie folgt: „Wenn das geschieht, dann brauchen wir die Folgen nicht auszumalen. Ich bin kein Schwarzfäher und kein Schwarzmalter, aber auch bei objektiver Erwägung muß man damit rechnen, daß unsere Partei ein detartiges Experiment nicht bestehen könnte.“ Ob es zu diesem Experiment, das den Bestand der nationalliberalen Partei aufs äußerste gefährdet, kommt, wird der morgige Dienstag zeigen. C. H.

## Der Kanzler zur Wahlrechtsfrage.

Der Reichskanzler hat, wie wir schon meldeben, am Sonnabend eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften zu einer Aussprache über die die Arbeiterfrage betreffenden Fragen empfangen. Wie der „Nord. Allg. Ztg.“ von einem Teilnehmer der Besprechung mitgeteilt wird, äußerte der Kanzler sich bei dieser Gelegenheit zu den christlich-nationalen Arbeiterführern auch über die Wahlrechtsfrage.

Er betonte, daß er mit dem preussischen Wahlrecht sehr und falls. Vor einigen Tagen noch habe sich

der Kanzler ihm gegenüber dahin geäußert, daß er nach wie vor unbedingtes auf dem Boden der Wahlrechtsvorlage stehe. Anders lautende Gerüchte seien durchaus unzutreffend.

Die Arbeiterführer versicherten dem Kanzler, daß in der gesamten deutschen Arbeiterbewegung keinerlei Neigung oder Absicht bestünde, in eine Streikbewegung einzutreten. Gerüchte, die anders lauteten, hätten in der Arbeiterbewegung keine Begründung. Sehr erwünscht sei allerdings, daß von den militärischen und Zivilbehörden der Arbeiterbewegung ein größeres Verständnis entgegengebracht werde.

## „Gloria Arsenas“ im Stadttheater.

Deutsche Uebersetzung.

Oper in vier Akten von Aug. Enna.  
Inszenierung und Spielleitung: Leopold Sachse.  
Musikalische Leitung: Oskar Straun.

Die nordischen Länder sind nicht reich an Kompositionen von Kauf, Grieg, Gade, Sibelius, Ginding, Bull und Stoenhammer allein bilden die Reihe der weit über ihre Heimat bekannten Tonkünstler.

Ihnen gesellt sich nun der Däne Professor August Enna zu. Sein Erstlingswerk „Die Here“ zeigte zwar bereits erhebliche Fähigkeiten in der tonlichen Behandlung eines dramatischen Stoffes, doch zeigte es ebensoviele festen Fuß auf den deutschen Bühnen wie die spätere, weit besser gelungene „Alconatra.“ (In Halle gespielt mit Maria Gledob J. Z. gut die Operette „Das Strohalmwädel.“) Die beiden Opern beweisen jedenfalls für Genüsse Ennas Gignung zur musikalischen Materie in glänzender, sorgloser auf Wagners Spuren wandelnden Tonen. Dem Stoff entsprechend, zeigten sie eine fürs Theater stark wirksame Notengebung, so daß man Ennas Talentrichtung als durch diese beiden Proben scharf gekennzeichnet ansehen konnte.

Seine neueste Oper „Gloria Arsenas“ hat das voll Befähigt. Wieder dient ein bodenmächtiger Stoff als Grundlage: Dumas Novelle „Das Tamboisband“ mit ihren Schicksalen aus den grauen Tagen der großen französischen Revolution. Enna hat allerdings den Geschmack beiseite, den blutunterlaufenen Inhalt dadurch zu mildern, daß er ihn zu Traumbildern umgestaltete, die ein glückliches Ende finden. Die weibliche Hauptperson aber ist die berühmte Pariser Tänzerin Gloria Arsenas gewesen, die gleich ihrem Geschickten Zonten auf dem Schauplatz tritt. Ihr männlicher Gegenpartier jedoch erwacht von vornherein in seine Anteilnahme weit mehr, weil wir in ihm einen phantastischbedingungen Dichter G. I. A. Hoffmann wiedererkennen. In der Tat

stellt es uns zu vernehmen, wie er trotz aller Bitten seiner Braut Antonia nach Paris reifen will, und wie ihm dann im Traume Dr. Alfergo, die zweite wilde Seele in Hoffmanns Brust das Paris von 1793 zu lösen gibt. Es ist keine Kleinigkeit, die der Zuschauer da mit Hoffmann erlebt; denn nach dem gemüthvollen Wiedererlebensbildchen, der trauischen Schube des alternden Organismus Gottlieb und seiner jugendlichen Tochter Antonia werden die entseelten Pariser Lebensschaffen, die in dem Tanz und die Gullotine gipfeln, desto schärfer. Ja, die Scene greift hier ins Gefühlsgebiet hinüber; man denkt an tollen Spul und schüttelt den Kopf über diesen gleichsam filmtrastischen (im schlechten Sinne!) Höhepunkt. Ferner berührt es sonderbar, daß Ennas Gloria Arsenas nach dem Wüster der Überbesinnung Stimmen von „Porici“ auf der Sprache holbe Günst verziehen muß, um von einer Tänzerin dargestellt und — getanzt werden zu können.

Die Musik, die August Enna zu dieser kurz angebotenen Handlung schrieb, schließt sich den Bühnenvorgängen so geschickt an, daß man vor dem Gesamtresultat viele Achtung haben muß. Das erste Bild bringt die anheimelnde Friede des Organisationsfächer, Gottliches nörliche Rede zu Antonia, ihre und Hoffmanns gegenläufige Zugewinnung zu geschicktem Ausbruch. Der Jovis bzw. Dreieckung „Herz aller Herzen“ bzw. „Teneries Weib“ weiten sich in ein treffliches, chorantmächtiges Tonstück von schönem Klang und Empfindung aus. Steht dazu die Chörefferierung Dr. Alfergos in gutem Gegenlage, so ist im zweiten Bilde im Palaste der Madama Roland zu Paris die auf Kantilene geleitete Herrlichkeit von Sommer, Rosen und Sonne nebit der dazu unerbitlich kontrastierenden Verfassung Gloria Arsenas besonders gefällig. Enna schafft dies hierher jumeist melodische, dem Ohre wohlgefällige Linien, die aus der Handlung geboren, selbstständig anmuten. Wenn dann der Horenabstanz an der Glockentöne im dritten Bilde beginnt, glaubt man sich bezaubert in des Lompais von „Hets „Armen“ verkehrt an, in der Folge hört man manden Anflug an Richard Strauch („Salome“) und Wagner normehinlich im Hinblick auf den Zeitnotengedanken. Das sich fern, der Dichtung gemäß,